



- Beschlusskammer 7 -

Az.: BK7-22-060

28.06.2022

Einleitung eines Festlegungsverfahrens zur Ausgestaltung des Zugangs zu LNG-Anlagen

Die Beschlusskammer 7 hat am 28.06.2022 auf der Grundlage von § 29 Abs. 1 i.V.m. § 26 Abs. 1 S. 1 und S. 2 Nr. 1 und Nr. 2 EnWG das Festlegungsverfahren zur Ausgestaltung des **Zugangs zu LNG-Anlagen** ("ZuLA") eingeleitet.

Die genannten Vorschriften gestatten der Beschlusskammer 7, Festlegungen für den Zugang zu LNG-Anlagen zu treffen, insbesondere zu den Rechten und Pflichten eines Betreibers von LNG-Anlagen sowie zu den Bedingungen, unter denen der Betreiber der LNG-Anlage Zugang zur LNG-Anlage gewähren muss. Entsprechende Festlegungen können erlassen werden, soweit es zur Berücksichtigung von Besonderheiten von LNG-Anlagen erforderlich ist.

Die Festlegung richtet sich an alle Betreiber von LNG-Anlagen (§ 3 Nr. 9 EnWG). Gegenstand ist die Regulierung von LNG-Anlagen gemäß § 3 Nr. 26 EnWG, die jeweils an das deutsche Fernleitungsnetz angeschlossen sind. Dabei sollen insbesondere die Vergabe von Kapazitäten für die Nutzung der LNG-Anlage und die Kapazitätszuweisung des Betreibers einer LNG-Anlage an die Nutzer der LNG-Anlage näher ausgestaltet werden.

I. Hintergrund

Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Situation und ihrer Auswirkungen auf die Versorgungssituation mit Erdgas ist die Einleitung des vorliegenden Festlegungsverfahrens aus Sicht der Beschlusskammer 7 geboten. Damit sollen für zukünftig an das deutsche Fernleitungsnetz anzuschließende LNG-Anlagen (Liquified Natural Gas, LNG) einheitliche regulatorische Bedingungen in einem transparenten und stabilen Rechtsrahmen für die Kapazitätsvergabe und das Kapazitätsmanagement einschließlich des Engpassmanagements (Sekundärvermarktung, Use it or Lose it-Verfahren) geschaffen werden. Da es bislang keine LNG-Infrastruktur in Deutschland

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ (02 28) 14-0

Telefax Bonn
(02 28) 14-88 72

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale
Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000
0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

gibt, existieren aktuell keine ausdifferenzierten und auf die Besonderheiten von LNG-Anlagen abgestimmten Zugangsregelungen.

Der deutsche Gesetzgeber hat mit der Neufassung von § 26 Abs. 1 EnWG (eingeführt durch Art. 2 des Gesetzes zur Änderung des Energiesicherungsgesetzes 1975 und anderer energiewirtschaftlicher Vorschriften, in Kraft seit 22.05.2022) für die Bundesnetzagentur eine neue Festlegungskompetenz für den Zugang zu LNG-Anlagen geschaffen und damit zum Ausdruck gebracht, dass der Zugang zu LNG-Anlagen durch eine Festlegung der Bundesnetzagentur einheitlich ausgestaltet werden kann, „soweit es zur Berücksichtigung von Besonderheiten von LNG-Anlagen erforderlich ist“.

Die Festlegung soll gewährleisten, dass für Marktakteure handhabbare und transparente Kapazitätsprodukte angeboten werden, die möglichst einheitlichen Regeln unterliegen. Auf diese Weise werden allen Nutzern von an das deutsche Fernleitungsnetz angeschlossenen LNG-Anlagen einheitliche Rechte vermittelt, Diskriminierungen vermieden und ein positiver Beitrag zur Diversifizierung der Gasversorgung geleistet.

Aufgrund des im Februar 2022 begonnenen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine hat sich die energie- und sicherheitspolitische Bewertung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zuletzt fundamental geändert. Es gibt daher gegenwärtig verstärkte Bemühungen, die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Gaslieferungen zu reduzieren. Der schnellstmögliche Aufbau einer unabhängigeren nationalen Gasversorgung ist nach Auffassung der Bundesregierung und des Gesetzgebers dringlich und zwingend erforderlich, weil Gas ungeachtet des beschleunigten Ausbaus erneuerbarer Energien und verstärkter Energieeffizienzmaßnahmen kurzfristig durch andere Energieträger kaum ersetzt werden kann. Eine der wenigen Möglichkeiten Deutschlands, auf dem Weltmarkt kurzfristig zusätzliche Gasmengen zu beschaffen, ist der Einkauf von verflüssigtem Erdgas (LNG). Um das LNG in Deutschland anlanden, regasifizieren und in das Fernleitungsnetz einspeisen zu können, ist nach Auffassung der Bundesregierung und des Gesetzgebers der umgehende Ausbau der LNG-Importinfrastruktur unverzichtbar (vgl. Gesetzesbegründung zum LNG-Beschleunigungsgesetz, BT-Drs. 20/1742 vom 10.05.2022, S. 1 und Bundesregierung, „Nationale Energieversorgung sichern“, Veröffentlichung auf: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sichere-gasversorgung-2037912>, letzter Abruf: 27.06.2022).

Der Anwendungsbereich der Festlegung bezieht sich auf LNG-Anlagen i.S.d. § 3 Nr. 26 EnWG, soweit sie nicht gem. § 28a EnWG von der Regulierung ausgenommen sind. Gemäß § 3 Nr. 26 EnWG ist eine LNG-Anlage eine Kopfstation zur Verflüssigung von Erdgas oder zur Einfuhr, Entladung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas; darin eingeschlossen sind Hilfsdienste und die vorübergehende Speicherung, die für die Wiederverdampfung und die anschließende Einspeisung in das Fernleitungsnetz erforderlich sind, jedoch nicht die zu Speicherzwecken genutzten Teile von LNG-Kopfstationen.

Die im vorliegenden Verfahren festzulegenden Regelungen umfassen insoweit sowohl stationäre landgebundene LNG-Anlagen als auch stationäre schwimmende LNG-Anlagen (etwa sog. FSRUs, Floating Storage Regasification Units).

Nicht von der Festlegung erfasst sind – nach Maßgabe der Definition der LNG-Anlage des § 3 Nr. 26 EnWG – hingegen solche LNG-Dienstleistungen, bei denen keine Verbindung zum deutschen Fernleitungsnetz besteht (z.B. bei der Befüllung und dem Weitertransport mittels Tanklastwagen, Kesselwaggons oder LNG-Schiffen) oder bei denen Speicherzwecke (nicht nur zum Zwecke der Wiederverdampfung und Einspeisung ins Fernleitungsnetz) verfolgt werden.

Vorab ist ausdrücklich und in Abgrenzung zu den planungsrechtlichen Regelungen des Gesetzes zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG-Beschleunigungsgesetz – LNGG) darauf hinzuweisen, dass es sich im Rahmen des vorliegenden Festlegungsverfahrens nicht um eine Betriebsgenehmigung für LNG-Anlagen handelt und auch keine Aussage über die zulässigen Nutzungsdauern dieser Anlagen getroffen wird. Das vorliegende Festlegungsverfahren betrifft allein den regulierungsrechtlichen Rahmen für den Zugang zu LNG-Anlagen. Aus Gründen des Klimaschutzes soll gleichwohl darauf eingegangen werden, inwieweit es sich auch um LNG-Anlagen handelt, wenn neben bzw. an Stelle von fossilem Erdgas auch Gase zum Einsatz kommen, die aus oder unter dem Einsatz von regenerativen Energien hergestellt wurden (z.B. Grüngas bzw. synthetisches Methan). Nach Art. 1 Abs. 2 der Richtlinie 2009/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/55/EG (im Folgenden: GasRL) gelten die Vorschriften der Richtlinie auch in nichtdiskriminierender Weise für Biogas und Gas aus Biomasse oder anderen Gasarten, soweit es technisch und ohne Beeinträchtigung der Sicherheit möglich ist, diese Gase in das Erdgasnetz einzuspeisen und durch dieses Netz zu transportieren. Somit findet die geplante Festlegung auch Anwendung auf LNG-Anlagen, in denen (künftig) Gase zum Einsatz kommen, die aus oder unter dem Einsatz von regenerativen Energien hergestellt wurden (z.B. synthetisches Methan), sofern diese in das deutsche Fernleitungsnetz eingespeist werden.

II. Geplante Regelungen

Die Beschlusskammer 7 stellt im Lichte der vorstehenden Ausführungen folgende mögliche Festlegungsgegenstände zur Konsultation.

1) Festlegung von Rechten und Pflichten des Betreibers einer LNG-Anlage

- a. Berichtspflichten des Betreibers einer LNG-Anlage im Hinblick auf die eingesetzten Gasarten**
- b. Transparenzpflichten des Betreibers einer LNG-Anlage nach der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 und im Rahmen der Sekundärvermarktung und des Use it or Lose it-Verfahrens**

2) Festlegung von Bedingungen für die Kapazitätsvergabe und das Kapazitätsmanagement

LNG-Anlagenbetreiber haben bei der Vergabe und dem Management von Kapazitäten ein diskriminierungsfreies und transparentes Verfahren anzuwenden. Dabei sind mindestens die folgenden Vorgaben zu beachten und in den Verträgen über Kapazitäten zu vereinbaren:

a. Langfristige Vergabe von Kapazitäten

Eine Langfristbuchung bezieht sich auf einen Buchungszeitraum ab 13 Monaten aufwärts.

(1) Buchungsaufgaben für langfristig Buchende

- (a)** Alle potenziellen Nutzer müssen sich zunächst bei dem Betreiber einer LNG-Anlage registrieren lassen.
- (b)** Dem Betreiber einer LNG-Anlage steht es frei, unterschiedliche Produkte anzubieten, diese unterliegen jedoch dem Grundsatz der Transparenz und Diskriminierungsfreiheit.
- (c)** Die Mindestbuchungshöhe beträgt höchstens 15% der insgesamt zu vergebenden Jahresdurchsatzkapazität.
- (d)** Die Mindestbuchungsdauer beträgt höchstens 10 Jahre.
- (e)** Für 20% der langfristig zu vergebenden maximalen Jahresdurchsatzkapazität beträgt die Höchstbuchungsdauer 15 Jahre.
- (f)** Das Buchungsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Verfahren der langfristigen Erstvergabe der Kapazitäten

- (a)** Für die Abgabe von Buchungsanfragen bezüglich der langfristigen Erstvergabe von Kapazitäten ist ein Zeitraum von mindestens 10 Werktagen vorzusehen. Alle in diesem Buchungszeitraum eingehenden Anfragen gel-

ten als zeitgleich eingegangen. Der Beginn der Erstvergabe ist mit mindestens 10 Werktagen Vorlauf unter Hinweis auf die Registrierungspflicht bekannt zu geben. Den registrierten Nutzern sind sämtliche Vergaberegeln vor Beginn des Buchungszeitfensters zur Verfügung zu stellen.

- (b) Übernachtungen werden über eine ratierte Zuweisung der zu vergebenden Kapazitäten aufgelöst.

(3) Langfristige Vergabe der nach der Erstvergabe noch freien Kapazitäten

Der Zuweisungsmechanismus für die langfristige Vergabe der nach der Erstvergabe noch freien Kapazitäten ist transparent und diskriminierungsfrei auszugestalten. Im Übrigen werden keine weiteren Vorgaben bestimmt.

b. Reservierungsquote

Eine Reservierungsquote in Höhe von 10% der maximalen Jahresdurchsatzkapazität für eine kurzfristige Vergabe von Kapazitäten ist zurückzuhalten. Für die kurzfristige Vergabe der mittels Reservierungsquote vorgehaltenen Kapazitäten gelten mindestens folgende Vorgaben:

- (1) Alle potentiellen Nutzer müssen sich zunächst bei dem Betreiber einer LNG-Anlage registrieren lassen.
- (2) Die kurzfristig zu vergebenden Kapazitäten werden in Form von Slots vergeben, die möglichst gleichmäßig über das Buchungsjahr verteilt sein müssen. Das Buchungsjahr ist das Kalenderjahr.
- (3) Jeder Slot muss dem Slot-Inhaber das Löschen von mindestens 150.000 m³ LNG ermöglichen.
- (4) Für die kurzfristige Vergabe sind mindestens X Slots pro Jahr vorzusehen.

Für X gilt folgende Formel:

$$X = [\text{Jahresdurchsatzkapazität LNG in m}^3 \text{ für Kurzfristvermarktung} / \text{Schiffsgröße gem. Ziff. II. 2) b. (3)} * 65\%]$$

- (5) Die Vergabe der Slots erfolgt einmal jährlich zu einem zu veröffentlichenden und wiederkehrenden Datum für das kommende Buchungsjahr.
- (6) Die Slots werden initial per Aufpreisauktion oder einem anderen diskriminierungsfreien und transparenten mehrstufigen Auktionsverfahren vergeben. Der Beginn der Auktion ist mit einem Vorlauf von 4 Wochen zu veröffentlichen.
- (7) Spätestens 2 Wochen vor dem Beginn der Auktion ist die Slot-Produktbeschreibung mit mindestens folgenden Inhalten zu veröffentlichen:
 - (a) Datum für den Entlade-Slot

- (b)** Ankunftszeitfenster
 - (c)** Menge an LNG in m³, die gesichert gelöscht werden kann
 - (d)** Verfügbare Regasifizierungsleistung/ Tag; mindestens [Jahresdurchsatzkapazität LNG in m³ für Kurzfristvermarktung/ 365/ 24]
 - (e)** Regasifizierungszeitraum
 - (f)** Startpreis für den Slot
 - (g)** Preisschritt (siehe Ziff. II. 2) b. (8))
- (8)** Im Falle einer Übernachtfrage ist eine weitere Auktionsrunde durchzuführen. In dieser Auktionsrunde können nur diejenigen Nutzer teilnehmen, welche sich bereits in der vorherigen Auktionsrunde beteiligt haben. Der Startpreis wird jeweils um einen vorher von dem Betreiber der LNG-Anlage zu bestimmenden Aufschlag (sogenannter Preisschritt) erhöht. Der Preisschritt ist vorab in geeigneter Weise zu veröffentlichen.
- (9)** Sollten im Falle einer Übernachtfrage beim nächsten Preisschritt sämtliche Auktionsteilnehmer aus der Auktion aussteigen (sog. Under-sell), ist der Slot über ein von dem Betreiber der LNG-Anlage zu bestimmendes diskriminierungsfreies Zuweisungsverfahren unter den Auktionsteilnehmern zu vergeben, die sich an der letzten Auktionsrunde vor dem Under-sell beteiligt haben.
- (10)** Der Teilnehmerkreis für die erste Auktion ist auf registrierte Nutzer beschränkt, die noch nicht im Besitz langfristiger Kapazitäten sind. Slots, die in der Auktion mit eingeschränktem Teilnehmerkreis nicht vergeben wurden, werden im Nachgang in einer zweiten Auktion allen registrierten Nutzern angeboten. Sollten auch nach dieser Auktion Slots nicht vergeben worden sein, werden diese Slots unterjährig allen registrierten Nutzern nach dem Prinzip First-Come-First-Serve (FCFS) von dem Betreiber einer LNG-Anlage angeboten (unterjährige kurzfristige Vergabe von zurückgehaltenen Kapazitäten).
- (11)** Sollten technische Anlagenrestriktionen dies erfordern, darf die unterjährige Vergabe von Slots in begründeten Einzelfällen in folgenden Punkten von den Vorgaben für das Slot-Produkt abweichen:
 - (a)** Die feste Mindestlöschmenge an LNG eines unterjährigen Slots kann in Abweichung zu der Vorgabe aus Ziff. II. 2) b. (3) geringer ausfallen. Der Betreiber der LNG-Anlage ist verpflichtet, die ggf. notwendige Reduktion der festen Mindestlöschmenge so gering wie nötig zu halten.
 - (b)** Darüber hinaus kann der Betreiber einer LNG-Anlage von der Mindest-Regasifizierungsleistung gem. Ziff. II. 2) b. (7) d) abweichen.
- (12)** Dem Betreiber einer LNG-Anlage steht es frei, Flexibilisierungsinstrumente anzubieten. Diese dienen dazu, Nutzern einen flexibleren Zugriff auf den Speicher, aber insbesondere auch die Regasifizierungseinheiten zu gewähren. Nutzern ist

es damit möglich, sich aktuellen Marktentwicklungen anzupassen. Betreiber einer LNG-Anlage können unter Anwendung solcher Flexibilitätsinstrumente eine effektive Steuerung der LNG-Anlage ermöglichen. Die Anwendung hat transparent und diskriminierungsfrei zu erfolgen.

- (13) Der Betreiber einer LNG-Anlage wird für den Fall, dass beim Verfahren zur unterjährigen kurzfristigen Vergabe von zurückgehaltenen Kapazitäten diese nicht vermarktet wurden, verpflichtet, jeweils bis zum 31. März eines jeden Folgejahres darüber gegenüber der Beschlusskammer 7 zu berichten, in welchem Umfang Kapazitäten beim Verfahren zur unterjährigen kurzfristigen Vergabe von zurückgehaltenen Kapazitäten nicht vermarktet wurden. Der Betreiber einer LNG-Anlage hat dabei die Gründe für eine nicht erfolgte unterjährige kurzfristige Vergabe von zurückgehaltenen Kapazitäten mitzuteilen.

c. Sekundärvermarktung

- (1) Jeder Nutzer hat das Recht, seine kontrahierten Kapazitäten nach Maßgabe der folgenden Regelungen auf dem Sekundärmarkt zu handeln.
- (2) Inhaber von Kapazitäten können diese ganz oder teilweise an andere registrierte Nutzer übertragen.
- (3) Rechtzeitig vor der Sekundärvermarktung hat der Inhaber der Kapazität dem Betreiber einer LNG-Anlage Volumen und Zeitpunkt der Sekundärvermarktung anzuzeigen. Der Betreiber einer LNG-Anlage informiert alle bei ihr registrierten Marktteilnehmer und veröffentlicht unverzüglich Umfang und Zeitpunkt einer bevorstehenden Sekundärvermarktung.
- (4) Die Übertragung bedarf der Zustimmung des Betreibers einer LNG-Anlage, die nur aus wichtigem Grund versagt werden darf.
- (5) Sofern eine Übertragung erfolgreich stattgefunden hat, wird der ursprüngliche Kapazitätsinhaber insoweit gegenüber dem Betreiber einer LNG-Anlage von seinen Rechten und Pflichten aus dem Kapazitätsvertrag befreit. Für andere Fälle, insbesondere den Fall einer nur vorübergehenden Übertragung, kann der Betreiber einer LNG-Anlage abweichende Regelungen treffen.
- (6) Das Recht der Nutzer, ihre kontrahierten Kapazitäten auf dem Sekundärmarkt zu handeln, ist bis 5 Tage vor dem Datum des Entlade-Slots möglich.
- (7) Für die Dauer des Use it or Lose it-Verfahrens (im Folgenden: UIOLI-Verfahren) scheidet eine Sekundärvermarktung aus.

d. Use it or Lose it-Verfahren (UIOLI-Verfahren)

Der Betreiber einer LNG-Anlage wird verpflichtet, ungenutzte Kapazitäten nach Maßgabe der folgenden Regelungen auf dem Markt anzubieten und entsprechende Regelungen in den Verträgen über Kapazitäten aufzunehmen:

- (1)** Das UIOLI-Verfahren ist anzuwenden, wenn ein Nutzer spätestens 20 Tage vor dem Datum des Entlade-Slots eine Anlandung nicht angekündigt hat oder mitteilt, einen bestimmten Entlade-Slot nicht zu nutzen bzw. keinen anderen registrierten Nutzer benennt, an den der Entlade-Slot übertragen wurde.
- (2)** Spätestens 20 Tage vor dem Datum des Entlade-Slots, ist dieser von dem Betreiber einer LNG-Anlage in geeigneter Weise öffentlich auszuweisen, sodass ab dem 19. Tag vor dem Datum des Entlade-Slots, alle registrierten Nutzer eine Buchungsanfrage bezüglich des frei gewordenen Entlade-Slots stellen können. Frei gewordene Entlade-Slots werden in einem von dem Betreiber einer LNG-Anlage zu bestimmenden transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren vergeben.
- (3)** Sollten die frei gewordenen Entlade-Slots erfolgreich vergeben worden sein, wird der ursprüngliche Kapazitätsinhaber insoweit gegenüber dem Betreiber einer LNG-Anlage von seinen Rechten und Pflichten aus dem Kapazitätsvertrag befreit. Wird die Kapazität innerhalb von drei Tagen nicht vergeben, weist der Betreiber einer LNG-Anlage die Kapazität an den ursprünglichen Inhaber zurück (sog. Rück-Rückgabe).

3) Evaluierung

Diese Festlegung wird regelmäßig auf einen etwaigen Anpassungs- und Änderungsbedarf hin überprüft. Spätestens 10 Jahre nach ihrem Inkrafttreten erscheint eine Evaluierung im Hinblick auf die dann eingetretenen Marktentwicklungen wie ein anzunehmender sinkender Erdgasbedarf aufgrund von Energieeffizienzmaßnahmen und dem Ausbau erneuerbarer Energien, der angestrebte Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wie konventionelles Erdgas und die zunehmende Nutzung von sog. Grüngasen sinnvoll.

4) Hinweis: Entgelte

Das vorliegende Festlegungsverfahren betrifft nicht die Festlegung von Entgelten, welche von dem Betreiber einer LNG-Anlage erhoben werden. Diese bedürfen einer separaten Genehmigung durch die zuständige Beschlusskammer 9. Insofern ergibt sich z.B. der Startpreis für die Aufpreisauktion von zurückgehaltenen Kapazitäten aus der maßgeblichen Entgeltgenehmigung der Beschlusskammer 9.

III. Erwägungen der Beschlusskammer 7

Den zuvor dargestellten geplanten Regelungen liegen folgende Erwägungen der Beschlusskammer 7 zugrunde.

1) Verfahrensrechtliche Grundlage

Die Beschlusskammer 7 stellt die auf Grundlage des § 26 Abs. 1 S. 1 und S. 2 Nr. 1 und Nr. 2 EnWG erstellten und unter Ziff. II. 1) - 3) aufgeführten Regelungen (Rechte und Pflichten des Betreibers einer LNG-Anlage, Kapazitätsvergabe und Kapazitätsmanagement, Evaluierung) hiermit zur Konsultation. Die endgültige Bestimmung der Regelungen wird im Rahmen der Festlegungsentscheidung erfolgen.

2) Rechte und Pflichten der Netzbetreiber

a. Berichtspflichten des Betreibers einer LNG-Anlage im Hinblick auf die eingesetzten Gasarten

Berichtspflichten sollen so ausgestaltet werden, dass der Betreiber einer LNG-Anlage nicht über das erforderliche Maß hinaus belastet wird. Der Betreiber einer LNG-Anlage hat der Bundesnetzagentur einmal jährlich für einen Berichtszeitraum von 12 Monaten zu berichten, welche Gasarten in der von ihm betriebenen LNG-Anlage eingesetzt wurden. Die Berichtspflichten sollen zudem dazu dienen, der Bundesnetzagentur Erkenntnisse für die vorzunehmende Evaluierung der Festlegung zu liefern.

b. Transparenzpflichten des Betreibers einer LNG-Anlage nach der Verordnung (EG) Nr. 715/2009 und im Rahmen der Sekundärvermarktung und des Use it or Lose it-Verfahrens

Die Transparenz- und Veröffentlichungspflichten der Betreiber von LNG-Anlage sollen dazu beitragen, dass eine diskriminierungsfreie Nutzung der LNG-Anlagen erfolgt. Diese Pflichten ergeben sich aktuell bereits zum Teil aus der Erdgasfernleitungsverordnung (VO (EG) 715/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Bedingungen für den Zugang zu den Erdgasfernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1775/2005) (im Folgenden: GasfernleitungsVO) (u.a. Art. 15 Abs. 1 lit. c, Art. 17 Abs. 2, Art. 19). Die Veröffentlichungspflichten dienen zugleich der Bundesnetzagentur zur Überwachung der Einhaltung der Vorgaben der Festlegung. Die Bundesnetzagentur kann im Falle der Nichtbeachtung geeignete Maßnahmen ergreifen. Die Transparenzpflichten sollen dabei so ausgestaltet werden, dass der Betreiber einer LNG-Anlage nicht über das erforderliche Maß hinaus belastet wird. Weitere Einzelheiten

zu Transparenzanforderungen ergeben sich auch aus den Bedingungen für die Kapazitätsvergabe und das Kapazitätsmanagement (vgl. dazu II. 2) a. (2) (a); II. 2) b. (5), (7), (8); II. 2) c. (3); II. 2) d. (2)).

3) Bedingungen für die Kapazitätsvergabe und das Kapazitätsmanagement

Bei den vorliegenden Regelungen der Kapazitätsvergabe und des Kapazitätsmanagements hat die Beschlusskammer 7 diejenigen bereits nach jetzigem Verfahrensstand erkennbaren maßgeblichen Anforderungen und Gesichtspunkte zugrunde gelegt, die bei der endgültigen Bestimmung dieser Regelungen in der Festlegung im Rahmen der Ermessensausübung nach § 40 VwVfG von zentraler Bedeutung sein werden. Die von der Beschlusskammer 7 bestimmten Regeln für die Kapazitätsvergabe und das Kapazitätsmanagement sollen nach den Vorgaben des § 26 Abs. 1 S. 1 und S. 2 Nr. 1 und Nr. 2 EnWG i.V.m. Art. 41 Abs. 6 lit. a GasRL einen möglichst umfassenden diskriminierungsfreien Erstzugang sowie dauerhaft einen wirksamen und diskriminierungsfreien Drittzugang gewährleisten und die Vornahme der notwendigen Investitionen in die LNG-Anlagen so ermöglichen, dass die Lebensfähigkeit der LNG-Anlagen gewährleistet ist. Die von der Beschlusskammer 7 aufgenommenen Bedingungen für die Kapazitätsvergabe und das Kapazitätsmanagement enthalten Mindestvorgaben für ein diskriminierungsfreies und transparentes Verfahren zur Vergabe von Kapazitäten auf der Basis langfristiger Verträge, Regelungen zur Reservierungsquote in Gestalt einer Mindestquote für die kurzfristige Vergabe von Kapazitäten, Konkretisierungen zu den Vorgaben aus der GasfernleitungsVO zur Sekundärvermarktung der kontrahierten Kapazitäten sowie eine konkretisierende Vorgabe gegen das Horten von Kapazitäten, wonach ungenutzte Kapazitäten vom Betreiber einer LNG-Anlage wieder diskriminierungsfrei zu vermarkten sind. Diese Vorgaben sind vom Betreiber einer LNG-Anlage auch in den Verträgen über Kapazitäten zu vereinbaren.

Langfristige Vergabe der Kapazitäten

Die Möglichkeit zum Abschluss langfristiger Verträge über LNG-Kapazitäten ist die Grundlage für eine sichere Refinanzierung des eingesetzten Kapitals. Langfristige Verträge sind nach Art. 32 Abs. 3 der GasRL möglich, sofern diese mit den Wettbewerbsregeln der Europäischen Union im Einklang stehen. In der Festlegung soll vorgesehen werden, dass 90% der jährlichen Durchsatzkapazitäten der LNG-Anlage über langfristige Verträge, d.h. mit Laufzeiten von 13 Monaten aufwärts, vermarktet werden können. Für 80% der langfristig zu vergebenden Kapazitäten gibt es keine Beschränkung in der Buchungsdauer. 20% der langfristig zu vergebenden Kapazitäten dürfen dabei nicht länger als 15 Jahre (Höchstbuchungsdauer) vermarktet werden. Neben der Reservierungsquote in Höhe von 10 % der jährlichen

Durchsatzkapazität für eine jährliche kurzfristige Kapazitätsvergabe soll die Bestimmung einer Höchstbuchungsdauer für 20% der langfristig zu vergebenden Kapazitäten Abschottungseffekten entgegenwirken und den Zugang für Dritte gewährleisten. Andererseits stellt diese Vorgabe sowohl hinsichtlich des Anteils der der Höchstbuchungsdauer unterliegenden Kapazitäten, als auch von der Höhe der geplanten Höchstbuchungsdauer (insb. vor dem Hintergrund der durch das LGG vorgegebenen Nutzungsdauern) kein unzumutbares Investitionshindernis dar. Die Vorgabe orientiert sich zudem an Regelungen aus dem Fernleitungsbereich (vgl. Art. 8 der Verordnung (EU) 2017/459 der Kommission vom 16. März 2017 zur Festlegung eines Netzkodex über Mechanismen für die Kapazitätszuweisung in Fernleitungsnetzen und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 984/2013).

Die geplanten Vorgaben in der Festlegung sollen eine wettbewerbliche Vergabe der langfristig zu vergebenden Kapazitäten im Sinne des EU-Wettbewerbsrechts sicherstellen. Aufgrund der derzeit zu erwartenden hohen Nachfrage nach Kapazitäten an den LNG-Terminals sieht es die Beschlusskammer 7 als erforderlich an, in die geplante Festlegung Regelungen aufzunehmen, wie eine wettbewerbliche Kapazitätsvergabe bei einer Übernachfrage zu erfolgen hat. Die Betreiber von LNG-Anlagen sind frei in der Wahl des für diese Kapazitäten anzuwendenden Zuweisungsmechanismus, soweit dieser die allgemeinen Anforderungen an Diskriminierungsfreiheit und Transparenz erfüllt. Aus Sicht der Beschlusskammer 7 trifft dies z.B. auf ein First-Come-First-Serve (FCFS) Verfahren ebenso zu wie auf die Vergabe mittels einer Auktion.

Vorliegend ist insoweit zu berücksichtigen, dass mit der geplanten Festlegung zur Ausgestaltung des Zugangs zu LNG-Anlagen der Aufbau einer bisher in Deutschland nicht existenten LNG-Infrastruktur verbunden ist. Angesichts der aktuellen geopolitischen Situation können LNG-Anlagen einen bedeutenden Beitrag zur Diversifizierung und Gewährleistung der Erdgasversorgung in Deutschland und den zusammenhängenden Märkten in Nordwesteuropa leisten.

Die Vorgabe der Befristung von langfristigen Verträgen ist aus Sicht der Beschlusskammer 7 auch nicht aus Klimaschutz Erwägungen geboten. Nach § 5 Abs. 2 S. 1 LGG sollen die planungs- und umweltrechtlichen Genehmigungen für die LNG-Anlagen bis spätestens zum 31. Dezember 2043 befristet werden, um die Übereinstimmung mit den deutschen Klimazielen zu gewährleisten. Fossiles Gas soll nach dem politischen Willen nur noch für eine Übergangszeit genutzt werden. Deshalb sollen neue Gasinfrastrukturen, die aktuell für die Sicherung der Energieversorgung benötigt werden, so geplant werden, dass sie sukzessive auf CO₂-neutrale Produkte wie Wasserstoff umgestellt werden können. Der Aufbau der LNG-Infrastruktur ist eine kurzfristige Lösung für alternative Importmöglichkeiten von Gas. Gleichzeitig plant die Bundesregierung von Anfang an mit, dass die LNG-Infrastruktur in Zukunft auch für Wasserstoff genutzt werden kann. Das LGG sieht im Einklang damit vor, dass die in den Anwendungsbereich des Gesetzes fallenden LNG-Anlagen über

diesen Zeitpunkt hinaus nur betrieben werden dürfen, wenn sie für klimaneutralen Wasserstoff und dessen Derivate genutzt werden. Dadurch wird sichergestellt, dass das Ziel der Klimaneutralität spätestens 2045 erreicht werden kann. Das vorliegende Festlegungsverfahren hat zwar einen anderen Regelungsbereich, als diese planungs- und umweltrechtlichen Genehmigungen der LNG-Anlagen, steht aber mit diesen vollumfänglich im Einklang. Im vorliegenden Festlegungsverfahren wird der regulierungsrechtliche Rahmen, also die Regeln für die Dauer der nach anderen Gesetzen zulässigen Nutzung, für den Zugang zu LNG-Anlagen geregelt. Nur klarstellend sei darauf hingewiesen, dass die Festlegung keine Aussage über die Dauer der zulässigen Nutzung von LNG-Anlagen trifft. Entsprechende Vorgaben aufgrund nationaler (insb. LGG) oder europäischer Regelungen (insb. Fit-for-55-Paket) zur Abkehr von fossilen Energieträgern sind durch die Betreiber von LNG-Anlagen zu beachten und in den Vertragsabschlüssen mit den Nutzern zu berücksichtigen. Um Klimaschutz Gesichtspunkte aber weitest möglich auch schon bei der LNG-Festlegung zu berücksichtigen, soll im Rahmen der Festlegung gleichwohl darauf eingegangen werden, inwieweit es sich auch um LNG-Anlagen handelt, wenn neben bzw. an Stelle von fossilem Erdgas auch Gase zum Einsatz kommen, die aus oder unter dem Einsatz von regenerativen Energien hergestellt wurden (z.B. Grüngas bzw. synthetisches Methan). Nach Art. 1 Abs. 2 GasRL gelten die Vorschriften der Richtlinie auch in nichtdiskriminierender Weise für Biogas und Gas aus Biomasse oder anderen Gasarten, soweit es technisch und ohne Beeinträchtigung der Sicherheit möglich ist, diese Gase in das Erdgasnetz einzuspeisen und durch dieses Netz zu transportieren.

Die Festlegung berücksichtigt daher auch den Einsatz von Gasen, die aus oder unter dem Einsatz regenerativer Energien hergestellt wurden.

Reservierungsquote

Die geplanten Regelungen sehen vor, dass der Betreiber einer LNG-Anlage eine Reservierungsquote in Höhe von 10% der maximalen Jahresdurchsatzkapazität für eine jährliche kurzfristige Vergabe von Kapazitäten zurückhält. Sie gewährleistet einen dauerhaften gesicherten Zugang zu der LNG-Anlage auf kurzfristiger Basis für potentielle neue Marktteilnehmer. Sie verhindert damit eine Abschottung der neuen LNG-Infrastruktur durch langfristige Kapazitätsverträge. Gleichzeitig ist die Höhe der Quote so gewählt, dass keine unüberwindbaren Investitionshemmnisse aufgebaut werden. Klarstellend wird angenommen, dass das Buchungsjahr der Slots das Kalenderjahr ist.

Sekundärvermarktung

Die geplanten Regelungen verpflichten den Betreiber einer LNG-Anlage dazu, in den Kapazitätsverträgen besondere Regelungen für das Engpassmanagement vorzusehen, wonach jedem Nutzer mindestens das Recht zustehen muss, seine kontrahierten

Kapazitäten auf dem Sekundärmarkt zu handeln. Das Recht auf Sekundärvermarktung stellt ein weiteres Instrument zur effizienten Nutzung der LNG-Infrastruktur dar und ergibt sich schon aus der GasfernleitungsVO (u.a. Art. 17 Abs. 2 lit. a, Art. 22). Die Formulierung „mindestens“ stellt klar, dass der Betreiber einer LNG-Anlage weitere Regelungen zum Engpassmanagement aufstellen darf, solange diese transparent und diskriminierungsfrei sind.

Use it or Lose it-Verfahren (UIOLI-Verfahren)

Außerdem enthalten die geplanten Regelungen die Verpflichtung des Betreibers einer LNG-Anlage, in die Verträge über Kapazitäten besondere Regelungen für ein Engpassmanagement und gegen das Horten von Kapazitäten vorzusehen, die es nach dem UIOLI-Verfahren gebieten, ungenutzte Kapazitäten auf dem Markt anzubieten. Die Vorgabe soll der besseren Auslastung der LNG-Anlage und der Versorgungssicherheit Deutschlands dienen.

4) Evaluierung

Die Festlegung soll fortlaufend, spätestens aber 10 Jahre nach dem Inkrafttreten auf einen etwaigen Anpassungs- oder Änderungsbedarf hin überprüft werden. Vor dem Hintergrund eines anzunehmenden sinkenden Erdgasbedarfs aufgrund von Energieeffizienzmaßnahmen und dem Ausbau erneuerbarer Energien, dem angestrebten Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger wie konventionellem Erdgas und der zunehmenden Nutzung von sog. Grüngasen hält es die Beschlusskammer 7 für geboten, eine Evaluierung der Festlegung nach einer Zeitspanne von spätestens 10 Jahren nach dem Inkrafttreten durchzuführen. Die Evaluierung nach 10 Jahren schließt dabei etwaigen früheren oder auch zeitlich nachgelagerten Evaluierungs-, Anpassungs- oder Änderungsbedarf, der sich aufgrund tatsächlicher Umstände (etwa veränderter Marktbedingungen) oder rechtlicher Vorgaben (z.B. durch eine Änderung der Rechtsgrundlagen im europäischen oder nationalen Recht) ergibt, nicht aus.

5) Hinweis: Entgelte

§ 26 Abs. 1 S. 1 EnWG dient als Ermächtigungsgrundlage für verschiedene Regelungsgegenstände von Festlegungen durch die Bundesnetzagentur. Die seitens der Beschlusskammer 7 geplante Festlegung bezieht sich auf Rechte und Pflichten eines Betreibers von LNG-Anlagen nach § 26 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 EnWG und Bedingungen, unter denen der Betreiber der LNG-Anlage Zugang zur LNG-Anlage gewähren muss i.S.d. § 26 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 EnWG. Die Festlegung soll daher nur Regelungen für den Zugang zu LNG-Anlagen i.S.d. § 3 Nr. 26 EnWG erfassen, um Markakteuren im Hinblick auf die angebotenen LNG-Dienst-

leistungen einen diskriminierungsfreien, transparenten und möglichst einheitlichen Regelungsrahmen zur Verfügung zu stellen. Ein eigener, separater Gegenstand von Festlegungen durch die Beschlusskammer 9 der Bundesnetzagentur kann nach § 26 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 EnWG die nähere Ausgestaltung der Ermittlung der Kosten und Entgelte des Anlagenbetriebs sein. Grundsätzlich sind in der GasNEV und der ARegV bereits entsprechende Regelungen zur Entgeltregulierung vorhanden, so dass eine diesbezügliche LNG-Festlegung nach § 26 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 EnWG zumindest im Grundsatz nicht erforderlich ist. Im Rahmen von zunächst zu erfolgenden individuellen Entgeltgenehmigungen nach § 23a EnWG können Einzelfragen zu Entgelten adressiert werden.

IV. Konsultation

Die Betreiber und Planer/Projektierer von LNG-Anlagen, Netzbetreiber und andere Marktbeteiligte und Interessenten erhalten hiermit die Gelegenheit, zu diesen möglichen Festlegungsgegenständen und den damit zusammenhängenden Themenfeldern umfassend Stellung zu nehmen. Sie werden gebeten, ihre Stellungnahmen, die auch gemeinschaftlich abgegeben werden können, **bis zum 26.07.2022** möglichst per E-Mail bzw. postalisch an:

E-Mail: *LNG-Festlegung@BNetzA.DE*

oder

Bundesnetzagentur

Beschlusskammer 7

Postfach 8001

53105 Bonn

zu richten.

Die Stellungnahmen sollen auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden. In diesem Zusammenhang wird darauf aufmerksam gemacht, dass Konsultationsteilnehmer unverzüglich nach der Vorlage von Unterlagen diejenigen Teile zu kennzeichnen haben, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse sowie personenbezogene Daten (z.B. Namen, Unterschriften, Telefonnummern, E-Mail-Adressen mit Namen als Bestandteilen) beinhalten. Kenntlich zu machen sind ferner ggf. auch im Text enthaltene Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Dritter die der Konsultationsteilnehmer in den Unterlagen gegenüber der Beschlusskammer 7 offenbart. Werden Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse nicht als solche kenntlich gemacht, so kann die Beschlusskammer 7 im Rahmen der Vorgaben des § 71 S. 3 EnWG von der Zustimmung zur Einsicht durch Dritte ausgehen. Soweit in dem Dokument personenbezogene Daten enthalten sind, wird aus-

drücklich darauf hingewiesen, dass es der einsendenden Stelle obliegt, entweder eine Einwilligung des Betroffenen in die Veröffentlichung seiner personenbezogenen Daten einzuholen oder die personenbezogenen Daten in der zu veröffentlichenden Fassung nach unten stehenden Grundsätzen zu schwärzen.

Für weitere Einzelheiten zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen vgl. die Verfahrenshinweise der Beschlusskammern 6 und 7 unter

www.bundesnetzagentur.de/geheimnisschutz-enwg.

Dort findet sich auch das Hinweispapier „Umgang und Reichweite zulässiger Schwärzungen bei der Veröffentlichung von Entscheidungen der Bundesnetzagentur in den Bereichen Elektrizität und Gas“ der Bundesnetzagentur vom 22.03.2019.

Warum eine Passage als Betriebs- und Geschäftsgeheimnis geltend gemacht wird, ist unter Verwendung der auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlichten Tabelle „Begründung von vertraulichen Informationen“ unter Angabe der Seite, Zeile und dem Wortlaut des geschwärzten Textes zu begründen. Sie findet sich online ebenfalls unter der Adresse:

www.bundesnetzagentur.de/geheimnisschutz-enwg.

Dabei genügt es nicht, mitzuteilen, dass ein Geheimhaltungswille bestehe bzw. die Veröffentlichung der Information die wirtschaftliche Position des Unternehmens betreffe. Es ist vielmehr auch darzulegen, warum jeweils im Einzelnen aus Sicht des Konsultationsteilnehmers ein Geheimhaltungsinteresse besteht. Insbesondere ist darzulegen, warum zu erwarten ist, dass eine Veröffentlichung der Information mit wettbewerblichen respektive wirtschaftlichen Nachteilen verbunden ist. Die Darlegung muss so detailliert sein, dass das Geheimhaltungsinteresse objektiv nachvollzogen werden kann. Die Tabelle ist als elektronisches Dokument in einem zur Weiterverarbeitung durch Standardsoftware geeigneten Form an die Beschlusskammer 7 zu übersenden.

Enthalten die vorgelegten Unterlagen eine der o.g. schutzbedürftigen Informationen, müssen Konsultationsteilnehmer unverzüglich zusätzlich in jeweils zweifacher Ausfertigung eine geschwärzte Fassung vorlegen, die aus ihrer Sicht ohne Preisgabe von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen oder personenbezogenen Daten eingesehen werden kann. Für die Schwärzung der schutzbedürftigen Daten sind geeignete Verfahren zu nutzen, die gewährleisten, dass die geschwärzten Passagen dauerhaft und zuverlässig unkenntlich gemacht werden. Eine einfache Farbveränderung der schutzbedürftigen Textabschnitte in einem elektronischen Dokument ist hierfür nicht ausreichend. Nicht zulässig ist ferner die Weißung schutzbedürftiger Textpassagen, d.h. das Weglassen der zu schwärzenden Abschnitte.